Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 1spaltige Millimeterzeile (46 mm breit) 7 Rpfg., die 2spaltige Millimeterzeile der amtlichen Bekanntmachungen bei direkter Auftragserteilung 11 Rpfg. ohne Nachlaß, die 1spaltige Text-Millimeterzeile (80 mm breit) 20 Rpfg. Nachweisungs-Gebühr 20 Rpfg. Vorgeschriebene Erscheinungstage u. Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 74 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 28. März 1934

„Reserve aus der Zukunft."

In seiner Rede über die nun begonnene zweite Arbeitsschlacht hatte Adolf Hitler genau mitgeteilt, wie groß die finanziellen Mittel seien, die für die Durchführung dieser Arbeitspläne eingesetzt werden sollen, und dabei aber auch sofort über die Art gesprochen, wie das alles bezahlt werden solle. Er hat dabei gleich eine gerade uns Deutschen — aus furchtbaren Erinnerungen her — leicht auftauchende Befürchtung in schärfster Form zurückgewiesen: „So gewaltig die nötigen Mittel sind, so können und werden sie nicht aus der Notenpresse kommen; eine Inflation nach Art der Novemberregierung ist für uns undenkbar." Ist das also eine Grenzziehung sozusagen nach der negativen Seite hin, so erfolgte in positiver Richtung die weitere Erklärung: „Alle laufenden Ausgaben werden aus dem ordentlichen Etat bestritten; dauernde Anlagen werden zur gegebenen Zeit aus dem Anleiheetat finanziert."

Wird nun nicht gerade in den Kreisen, die gern eine möglichste Klarheit über die Frage der Geldbeschaffung gewinnen wollen, die Erinnerung daran aufsteigen, daß doch das Reich im allgemeinen, und die Kommunen und sonstige öffentliche Körperschaften seit Jahren unter einem geradezu entsetzlichen, sich ständig steigernden Geldmangel litten, z. T. auch leiden, der zu schärfster Einschränkung der Ausgaben zwang? Und nun erfolgt aus dem Munde des Führers die Erklärung, daß „gewaltige Mittel für die Durchführung des größten Arbeitsbeschaffungsprogramms sichergestellt sind, das Deutschland bisher kannte!" Also: Woher kommt das Geld auf einmal? Sind doch früher derartige Pläne zu Dutzenden aufgestellt, zu hunderten vorgeschlagen worden, aber an der Frage ihrer Finanzierung sind sie immer wieder gescheitert, obwohl sie bei weitem nicht den Umfang hatten, den seinem Arbeitsbeschaffungsprogramm der deutsche Nationalsozialismus unter Hitlers Führung gesetzt hat. Allerdings gibt es zwischen heute und damals einen ganz fundamentalen, ohne weiteres ersichtlichen Unterschied: der deutsche Nationalsozialismus und seine Führung haben wirtschaftlich und finanziell, vor allem aber — was wohl von der entscheidenden Wichtigkeit ist — politisch einen festen Boden unter den Füßen, was man von früheren Regierungen nicht gerade behaupten konnte!

Darauf besonders hatte kürzlich auch der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk in seiner Münsterer Rede hingewiesen, als er ganz genau darlegte, wie denn nun eigentlich die Arbeitsbeschaffung finanziert wird; „eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse könnte entscheidend erst eintreten, nachdem seit der Übernahme der Regierung durch Hitler das Vertrauen in die politische Stabilität die Grundlage für eine wirtschaftliche Entwicklung nach oben gebildet hat". Die Tatsache dieser „wirtschaftlichen Entwicklung nach oben", der Krisenüberwindung, der wirklichen Neubelebung ist nun aber wieder die entscheidende Voraussetzung für die Art, wie das Arbeitsbeschaffungsprogramm finanziert wird. Daß diese Belebung nun aber vorhanden, daß sie eine feststehende Tatsache ist, können uns heute ja selbst unsere „intimsten" Feinde im Ausland nicht mehr bestreiten.

Aber — „wer bezahlt denn nun eigentlich alles?" fragte der Reichsfinanzminister mit den Zuhörern seiner Rede und mit vielen anderen Deutschen. Er antwortete darauf: „das Geld zur Bezahlung aller Arbeitsbeschaffungsprogramme wird gepumpt". Und er fügte hinzu, daß er das Geld nicht „aus den Steuern zahlen" könnte. Ja, liegt denn nicht da ein Widerspruch zu den oben zitierten Worten des Reichskanzlers vor, daß „die laufenden Ausgaben aus dem ordentlichen Etat bestritten" würden? Es liegt durchaus kein Widerspruch darin, sondern es handelt sich ganz einfach darum, daß dieser „Pump" eine Vorbelastung künftiger Etats darstellt, daß diese Vorbelastung, diese für die Arbeitsbeschaffung eingesetzten, bereits sichergestellten, kurzfristigen Kredite, also dieser „Pump" in fünf kommenden Jahren wieder abgedeckt, die dauernden Anlagen aber „zu gegebener Zeit durch Anleihen finanziert" werden. Jene andere Kreditabdeckung also wird „aus dem ordentlichen Etat" oder, wie der Reichsfinanzminister sich ausdrückte, „aus den Steuern" — der kommenden fünf Jahre nämlich — erfolgen.

Diese Vorbelastung nannte Graf Schwerin eine „Reserve aus der Zukunft", zu der wir greifen mußten, weil wir aus der Vergangenheit nicht mehr über Reserven verfügen. Daß dies aber wirkliche „Reserven" sind, auf die man unbedingt zählen kann, ergibt sich eben aus der Tatsache der fortgesetzten Wirtschaftsbelebung, die durch ihren an sich dann ansteigenden Steuerertrag die Abdeckung jenes „Pumps" auch dann oder vielmehr gerade darum ermöglichen wird, wenn besonders einige wirtschaftshemmende Steuern gemildert werden. Am Beispiel der deutschen Autoindustrie sieht man im kleinen, was im großen für die ganze deutsche Wirtschaft zur Geltung und Wirkung gebracht werden soll.

Wie wird also das Arbeitsbeschaffungsprogramm letzten Endes finanziert, woher kommt das Geld? Aus dem Vertrauen darauf, daß man alljährlich eine Steigerung der steuerlichen Leistungsfähigkeit um eine Milliarde erwartet, — auf Grund der weiteren Belebung der Wirtschaft und des Ansteigens ihres Ertrages. Und damit zu rechnen bedeutet „keine allzu optimistische Hoffnung", bedeutet noch weniger eine Gefährdung der Währung, sondern diese Vorbelastung werden dann stärkere Schultern **tragen und allmählich wieder abladen können.**

Arbeitsbeschaffung und Handelspolitik.

„Die Überwindung der Arbeitslosigkeit wird und muß gelingen!"

Die Auslandspresse wird über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unterrichtet.

Auf Einladung der Presseabteilung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda fand eine Aussprache mit der Auslandspresse über die deutsche Arbeitsbeschaffung statt, auf der Reichsarbeitsminister Seldte und die Staatssekretär Dr. Posse und Reinhardt Vorträge über die technische und finanzielle Durchführung des großen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung und die Handelspolitik Deutschlands hielten.

Staatssekretär Reinhardt

führte in seinem Vortrag u. a. aus: Die Verminderung der Arbeitslosigkeit ist im wesentlichen eine Frage: 1. des Vertrauens der Wirtschaft und des Volkes in die Staatsführung und 2. der Finanz- und Steuerpolitik. Die Finanz- und Steuerpolitik im neuen Deutschen Reich ist, solange es in Deutschland Arbeitslose gibt, in erster Linie auf Verminderung und schließlich auf Beseitigung der Arbeitslosigkeit abgestellt. Wir werden nach meiner Berechnung Ende Juli 1934 nur noch zwei Millionen und

spätestens im Sommer 1936 nur noch einige hunderttausend Arbeitslose

in Deutschland zählen. Alle Maßnahmen der Reichsregierung sind darauf abgestellt, die Nachfrage nach Gütern und Leistungen und damit nach Arbeit zu erhöhen.

Staatssekretär Reinhardt zählte dann die einzelnen Maßnahmen auf. Die erste war das Kraftfahrzeugsteuergesetz vom 10. April 1933. Ich habe, so führte er hierzu aus, an die Landesfinanzämter einen Runderlaß gesandt, wonach auch alle privaten Personenkraftfahrzeuge, die im Ausland beheimatet sind und die zu vorübergehendem Aufenthalt aus dem Ausland nach Deutschland kommen, kraftfahrzeugsteuerfrei sind. Wir würden uns freuen, wenn wir schon zu Ostern sehr viele Angehörige fremder Staaten in ihren privaten Personenkraftfahrzeugen in Deutschland sehen würden. Als nächstes Gesetz nannte der Staatssekretär das am 1. Juni 1933 erlassene Gesetz über Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen. Die Folge dieses Gesetzes sei, daß sehr viele Aufträge auf Ersatzbeschaffungen erteilt würden und

daß der Beschäftigungsgrad in der Maschinenindustrie und in den sonstigen Industrien, die auf Ersatzbeschaffungsaufträge angewiesen seien, unentwegt steige.

Weiter zählte der Staatssekretär die Gewährung steuerlicher Vergünstigungen für Instandsetzungen und Ergänzungen, die Steuerbefreiung für neuerrichtete Kleinwohnungen und Eigenheime, die eine starke Belebung des Baumarktes im Gefolge haben werde, die Halbierung der landwirtschaftlichen Umsatzsteuer und die Senkung der landwirtschaftlichen Grundsteuer, sowie das Gesetz zur Erhöhung der Kaufkraft der Arbeitnehmerschaft auf.

Der Staatssekretär fuhr fort: Alle diese steuerpolitischen Maßnahmen, die ich hier dargestellt habe, sind auf Erhöhung der Nachfrage nach Gütern und Leistungen abgestellt. Diese Nachfrage führt zur Erhöhung des Beschäftigungsgrads, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, zur Verminderung des Finanzbedarfs der Arbeitslosenhilfe und infolge der erhöhten Umsätze, der erhöhten Einkommen und des erhöhten Verbrauchs zur Erhöhung des Gesamtaufkommens an Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen, zusammengefaßt:

zur Gesundung der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Dinge unseres Volkes.

Als eine wichtige steuerpolitische Maßnahme führte der Staatssekretär auch das Gesetz zur Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft vom 1. Juni 1933 an. Infolge dieser Vergünstigung sei die Zahl der neueingestellten Hausgehilfinnen bereits um rund 100 000 gestiegen, was eine dauernde Entlastung des Arbeitsmarktes um diese 100 000 weiblichen Arbeitskräfte bedeute. Der Staatssekretär erwähnte dann das Gesetz zur Förderung der Eheschließungen aus dem vorigen Jahr und die seit dem 1. August 1933 gewährten Ehestandsdarlehen zur Schließung neuer Ehen, die aus der Ehestandshilfe finanziert würden. Die Gewährung von bisher rund 200 00 Ehestandsdarlehen bedeute eine Entlastung des Arbeitsmarktes um 200 000 Personen.

In Auswirkung allein dieses einen Gesetzes zur Förderung der Eheschließungen sei bis heute eine Entlastung des Arbeitsmarktes um bereits 400 000 erzielt worden. Ehestandsdarlehen würden so lange gewährt, wie es heiratsreife Volksgenossinnen im Arbeitnehmerstand in Deutschland gebe.

Die Entlastung sei also keine künstliche und keine nur vorübergehende, sondern eine dauernde. Dies bedeute eine organische und dauernde Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Der Staatssekretär wies schließlich noch auf die vielen unmittelbaren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hin, die seit einem Jahr eingeleitet worden seien. Durch das Arbeitsbeschaffungsgesetz vom 1. Juni 1933, so führte der Staatssekretär aus, war eine Milliarde Mark zur Förderung der nationalen Arbeit zur Verfügung gestellt worden. Weitere 500 Millionen Mark in bar und rund 360 Millionen Mark in Zinsvergütungsscheinen sind durch das Gebäudeinstandsetzungsgesetz vom 21. September 1933 zur Verfügung gestellt worden. Alle diese unmittelbaren Arbeitsbeschaffungen sind noch in Durchführung. Es ergibt sich aus diesen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen,

für das Jahr 1934 ein sehr großer Arbeitsvorrat.

Hinzu kommen 500 Millionen Mark, die im Jahre 1934 mehr aufgewendet werden für den Bau von Autobahnen. Auch die ausgegebenen Steuergutscheine werden im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit zum großen Teil erst jetzt ihre Wirkung tun. Der Arbeitsvorrat, der sich aus der Gesamtheit der Maßnahmen für das Jahr 1934 ergibt, beträgt rund 50 Prozent mehr als im Jahre 1933.

Aus meinen Ausführungen, so schloß der Staatssekretär, haben Sie ersehen, daß die Mehrzahl unserer Maßnahmen im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht nur zu vorübergehender, sondern zu organischer und dauernder Verminderung der Arbeitslosigkeit führt.

*

Staatssekretär Funk über die Rohstoffeinfuhr und den Export.

Vor Staatssekretär Reinhardt hatte zunächst der Leiter der Versammlung, Staatssekretär Funk, in seiner Eröffnungsansprache u. a. ausgeführt:

Wenn das Ausland heute vielfach Kritik an den starken deutschen Rohstoffeinfuhren übt, so ist dies eigentlich erstaunlich. Das Ausland kann sich doch nur freuen, daß Deutschland auf den internationalen Rohstoffmärkten in so erheblichem Umfang kauft. Dabei hat Deutschland in den letzten drei Jahren noch acht bis neun Milliarden Mark an Auslandsschulden zurückgezahlt. Wir könnten auch unsere ganzen staatlichen Willenskräfte und Organisationsfähigkeiten auf den Export konzentrieren. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir damit alle Zoll- und Valutaschranken überspringen würden, aber die Auslandsmärkte würden in eine noch größere Verwirrung geraten, als dies heute schon der Fall ist.

Das Ausland müßte also mit der augenblicklichen Wirtschaftspolitik in Deutschland, die alle Kräfte für den Inlandsmarkt zusammenfaßt und das Schwergewicht der Arbeitsbeschaffung auf eine zweckentsprechende Organisation der inländischen Wirtschaft legt, sehr zufrieden sein.

Dabei kann uns sehr bald die Devisenlage zu einer Forcierung des Exports zwingen. Eine gesunde Volkswirtschaft darf jedoch immer nur zu einem geringen Teil vom Export leben. Deshalb wird die deutsche Wirtschaftspolitik auch in Zukunft die weitere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit

Maßnahmen auf dem Inlandsmarkte in erster Reihe in Angriff nehmen und sich sobald als möglich von der Einfuhr von Auslandsprodukten, die wir im Inlande erzeugen können, befreien müssen.

*

Seldte: Pflege der Kaufkraft und weitere Senkung der Lasten.

Dann ergriff Reichsminister Seldte das Wort und führte u. a. folgendes aus:

Ich glaube, es ist nicht überheblich, wenn ich feststelle, daß der Erfolg, den Deutschland im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr erzielt hat, Anerkennung und Bewunderung verdient. Wenn man den Ursachen nachgeht, so scheint es mir nicht richtig, das Hauptgewicht auf die technischen Mittel zu legen, mit denen wir der Arbeitslosigkeit zu-

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF